

Antrag des Fachbereichsvorstandes 03 Bezirk Nordhessen

Für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und mit Personalausgleich!

Die Gewerkschaft ver.di führt bis zum 30. Juni eine Umfrage unter Beschäftigten des öffentlichen Diensts bei Bund und Kommune zur Arbeitszeit durch. An dieser können sich aber auch Kolleg*innen aus anderen Bereichen beteiligen und in weiteren Betrieben wie der Bundesdruckerei gibt es ähnliche Fragebögen. In der Fragestellung zu Beginn wird der Eindruck erweckt, es ginge um eine Abfrage, ob es um mehr Lohn, weniger Arbeitszeit oder eine Kombination ginge. Doch weit gefehlt: Wir können nur ankreuzen, ob wir für weniger Arbeitszeit auf unsere Lohnerhöhung verzichten wollen und wie wichtig uns dieser „Handel“ ist. Dabei steht die Überschrift der Pressemitteilung schon von vornherein fest: „X Prozent der Befragten wollen für kürzere Arbeitszeit auf Lohn verzichten.“ Musik in den Ohren der Chefetagen!

Das reiht sich darin ein, dass in vielen Lohnrunden- und Tarifabschlüssen diese „Wahlmöglichkeit“ gefordert und festgeschrieben wird. Als Vorreiterin wird dabei auf einen Musterabschluss der EVG verwiesen, die das als erste DGB-Gewerkschaft aufgebracht hat. Letztendlich ist der Tausch Lohn gegen Arbeitszeit nichts als ein vorausseilendes Kompromissangebot. Bei vielen Kolleg*innen regt sich Unmut über die Möglichkeit, sich selbst kürzere Arbeitszeiten zu erkaufen. Von Seiten der ver.di-Bundesebene wird ein schlechtes Tarifiergebnis dann entweder damit begründet, dass die Beschäftigten lieber auf Lohn verzichten, um kürzer zu arbeiten, oder dass ihnen Lohn wichtiger sei als Freizeit. Damit wird die wichtige Debatte um eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und deren Erkämpfung durch die Gewerkschaft aufs Abstellgleis geführt. Die Zahl der überlastungsbedingten Krankschreibungen steigt derweil in jedem Jahr (von 2012 bis 2016 um mehr als die Hälfte).

In der Vergangenheit wurden immer wieder Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich im Vorlauf zu Tarifrunden diskutiert und die ver.di-Spitze kündigte an, sich dem Thema offensiv anzunehmen. Dabei war bis zur Veröffentlichung der Umfrage allen Beschäftigten und sogar den meisten Hauptamtlichen unklar, was der Inhalt sein wird. Die Einseitigkeit der Fragestellung tritt die Not der Kolleg*innen mit den Füßen. Wir fordern eine echte Wahlfreiheit!

Wir fordern:

- 1. Diese einseitige Umfrage darf nicht die Grundlage für entsprechende Forderungen bei kommenden Tarifrunden sein!**
- 2. Eine Mitgliederbefragung, die wirkliche Wahlmöglichkeiten beinhaltet: kürzere Arbeitszeiten, Lohnausgleich und Personalausgleich.**
- 3. Eine Beteiligung der ehrenamtlichen Gremien auf lokaler und regionaler Ebene bei der Erstellung von Mitgliederbefragungen.**
- 4. Die Auswertung der Umfrage und Verwendung der Ergebnisse muss mit einer Diskussion darüber und Entscheidungen in Betriebsgruppen und Fachbereichsstrukturen erfolgen.**

In den Mitgliederbefragungen muss sich die Lebensrealität der Kolleg*innen widerspiegeln. Eine breit angelegte Kampagne für eine Verkürzung der Arbeitswoche auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich, wie sie von Landesbezirksfachbereichskonferenz 8 Berlin-Brandenburg beim kommenden Bundeskongress beantragt wird, kann dabei ein erster Schritt in diese Richtung sein.

In der Fachbereichsvorstandssitzung 03 Bezirk Nordhessen am 24. Juni 2019 beschlossen.

Weiterleitung: An den Landesfachbereichsvorstand 03 Hessen und die Bundestarifkommission zur weiteren Diskussion.

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: Politik » Arbeitsalltag und Arbeitsbedingungen » Arbeitszeit » Arbeitszeit und Gewerkschaften » [ver.di-Umfrage zur Arbeitszeit im TVöD](#)